



## Änderungsantrag

Fraktionen CDU und SPD

### **Arbeitsweise der Sozialagentur den aktuellen Problemlagen in der Eingliederungshilfe und den Erfordernissen der UN-Behindertenrechtskonvention anpassen**

Antrag Fraktion DIE LINKE - **Drs. 6/338**

Der Landtag wolle beschließen:

Die Landesregierung wird gebeten, im Ausschuss für Arbeit und Soziales zu berichten:

- über den Stand bei der Antragstellung, Bearbeitung und dem Abschluss von Leistungs-, Vergütungs- und Prüfungsvereinbarungen mit den Leistungserbringern im Bereich des SGB XII,
- über die Personalsituation in den Fachbereichen der Sozialagentur,
- über die Widerspruchsgeschehen und Klageverfahren bei Leistungsansprüchen von Leistungsberechtigten,
- zu den Auswirkungen von Schiedsstellen- und Sozialgerichtsentscheidungen,
- über die Umsteuerung von stationären hin zu ambulanten Unterstützungsformen und
- über die Weiterentwicklung des Rahmenvertrags nach § 79 SGB XII vor dem Hintergrund einer Reform der Eingliederungshilfe.

### **Begründung**

Infolge des Scheiterns der Verhandlungen zu einer pauschalen und linearen Steigerung der Entgelte für Leistungen der Eingliederungshilfe im vereinfachten Verfahren

(Ausgegeben am 07.09.2011)

für 2011 haben zahlreiche Leistungserbringer die Sozialagentur zu Einzelverhandlungen aufgefordert.

Die Landesregierung soll gebeten werden, zu Stand und Ergebnissen des Verhandlungsgeschehens zu berichten.

André Schröder  
Fraktionsvorsitzender CDU

Katrin Budde  
Fraktionsvorsitzende SPD